Der oberschlesische Wanderer

Gegründet 1828

Nr. 217
95. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Mittwoch, den 19. September 1923

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.

Preis: 400000 deutsche Mk.; für poln. Oberschl. 6000 poln. Mk.

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis für die Woche vom 17.—23. Sept. in Deutsch-Oberschlesien 2000000 deutsche Mark, in Polnisch-Oberschlesien 16000 polnische Mark, im Voraus zahlbar frei Haus — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. — —

Anzeigenpreise: Schlüsselzahl 12000. Grundzahl: Die einspaltige mm-Zeile in Deutsch-Oberschl. für auswärt. Anzeigen 40 Mk., für Ortsanzeigen 25 Mk., Reklame-mm-Zeile für ausw. Anzeig. 120 Mk., für Ortsanzeig. 70 Mk., Amtl., Finanz- u. Heilmittelanzeigen 50 Mk. In Poln.-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen 8000 poln. Mk., für Ortsanz. 2500 poln. Mk. ohne Schlüsselzahl. Angebots- und Auskunftsvermittlg. 100000 Mk. und Porto. Beilagengebühr 500000 M. ‰. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Das neue wertbeständige Geld

Französisches Ränkespiel

Poincarés Bluff. — Baldwins Pariser Besuch.

= Berlin, 18. September.

Von einem an maßgebender Stelle unterrichteten diplomatischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Nach englischen Mitteilungen wird Ministerpräsident Baldwin auf seiner Urlaubsrückreise von Aix-les-Bains Dienstag abend in Paris eintreffen, am Mittwoch Poincaré einen Besuch abstatten und am Donnerstag die Heimreise nach London antreten. Noch nie ist während der letzten Jahre ein britischer Premier so kühl in Paris empfangen worden, wie diesmal Baldwin, und überaus bezeichnend ist es, mit welch gespielter Gleichgültigkeit diesbezügliche Anfragen im Pressebureau des Pariser Außenamts beantwortet werden. Da heißt es hochmütig: offiziell sei eigentlich gar nichts vereinbart. Der englische Besuch habe natürlich politisches Interesse, aber damit sei nicht gesagt, daß es sich um die Erörterung bestimmter Probleme auf grund vorliegender Verabredung handle.

Diese unfreundliche Haltung trat auch deutlich in den beiden letzten Sonntagsreden hervor, die der französische Ministerpräsident im Maaßdepartement hielt. Poincaré kommt es offenbar darauf an, dem englischen Verbündeten klar zu machen, daß Frankreich, zurzeit die stärkste Militärmacht der Erde, dem „Sieg im Ruhrgebiet" nahe und vollständig Herr der diplomatischen Lage ist. In dieser Absicht pries Poincaré seine — Negertruppen und zählte sie der weißen Bevölkerung Frankreichs zu, um nach dem Vorbild der Straßburger Rede des Generals Mangin von der „Hundertmillionen-Nation" zu sprechen, ein eitler Bluff, der gerade im wasserstolzen England unangenehme Empfindungen auslösen dürfte. Auch sonst hat Poincaré manches gesagt, was auf Seiten der britischen Diplomatie peinliches Aufsehen erregt haben mag. Das alte Grammophonlied: Festhalten der französischen Pfänder, bis alles bezahlt, Gefahr eines Wiedererstarkens der deutschen Militärmacht, illusorische Garantien des deutschen Angebotes, — wirkt ja so ermüdend, daß man auch in London kaum noch hinhört. Aber man wird doch auch dort sehr überrascht gewesen sein von der neuerlichen Feststellung Poincarés, daß die Besetzungstruppen am Rhein noch nicht zu laufen begonnen hätten. Dieser Hieb ist gegen England geführt! Ebenso sind die merkwürdigen Rechtsausführungen Poincarés über den Völkerbund, dessen Verhältnis zu Deutschland und dessen Eignung oder vielmehr Uneigenung, die Reparationsfrage zu lösen, nur eine Kraftprobe, nachdem es Frankreich gelungen ist, den Völkerbund als Mittler in der Korfu- und in der Fiumefrage auszuschalten. Poincaré sagte in Bar-le-Duc sur Meuse: „An dem Tage, an dem Deutschland endlich die Verpflichtungen, die es unterschrieben hat, erfüllt haben wird, steht es ihm frei, eine Zulassung zum Völkerbund zu verlangen, und wenn es sein Mitglied ist, werden Frankreich und Deutschland sich gegenseitig durch die Zugehörigkeit gegen einen Angriff sichern." Damit hat der Advokat an Frankreichs Spitze wieder einmal die juristische Wahrheit auf den Kopf gestellt. Denn in Artikel 1 der Völkerbundssatzung heißt es: „Alle Staaten . . . können Bundesmitglieder werden, wenn die Zulassung von zwei Dritteln der Bundesversammlung ausgesprochen wird, vorausgesetzt, daß sie für ihre aufrichtige Absicht, ihre internationalen Verpflichtungen zu beobachten, wirksame Gewähr bieten . . ." Verlangt wird also hier nicht die Gewährung der Erfüllung, sondern nur die Gewähr der guten Absicht. Reichskanzler Stresemann hat in seinen neuen Vorschlägen diese Gewähr aufrichtig angeboten. Wollte Poincaré in seiner Sonntagrede noch einmal schnell die Völkergesetze fälschen, um gegen alle befürchteten deutschen und — englischen Schritte einen Riegel vorzuschieben?

Poincaré baute den Besprechungen mit Baldwin noch insofern vor, als er den Völkerbund als Schiedsrichter über die deutsche Zahlungsfähigkeit ablehnte. Weder der Völkerbund, noch eine etwa von ihm einzusetzende Kommission von internationalen Sachverständigen oder Neutralen komme zur Festsetzung der deutschen Verpflichtungen in Betracht, sondern einzig und allein die Reparationskommission. Merkwürdig! Poincaré war es doch, der das Urteil der Reparationskommission zuerst verwarf, weil sie nicht voll und ganz nach der französischen Pfeife zu tanzen schien. Kaum war der einzige amerikanische Vertreter aus der Kommission als stimmendes Mitglied ausgetreten, da wurde die Kommission in den Augen Poincarés wieder das einzig mögliche Instrument. Wir wissen nicht, ob der britische Premier dieses französische Spiel durchschaut. Wenn er während seines französischen Fernaufenthalts außer den Reden Poincarés auch die deutschen Vorschläge zu Gesicht bekommen hat, dürfte er das erlösende Wort endlich sprechen können.

Das Währungsprogramm der Regierung

Drei verschiedene Zahlungsmittel: Sachwertgeld, Papiermark, Goldnote

Berlin, 18. Sept. Vom Reichsfinanzministerium wird mitgeteilt, daß die Arbeiten für die Schaffung eines wertbeständigen Geldes soweit gefördert sind, daß der Entwurf vorliegt. Die Reichsbank wird von den Staatsfinanzen völlig losgelöst und dadurch instand gesetzt werden, die Funktionen einer Goldnotenbank für das Wirtschaftsleben in vollem Umfang zu erfüllen. Reichsschatzscheine werden bei der Reichsbank nicht mehr diskontiert, so daß eine ungedeckte Vermehrung des Papierumlaufs nicht mehr stattfindet. Für eine Uebergangszeit bis zur Balancierung des Haushalts gibt eine neu zu schaffende Bank Noten aus, die durch eine Goldverpflichtung der privaten Wirtschaft (Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken) auf Grund des Wehrbeitrages sichergestellt werden. Diese Noten werden gesetzliches Zahlungsmittel. Die Papiermark wird Scheidemünze der neuen Note, in der sie zu einem bestimmten Kurse einlösbar sein wird. Gleichzeitig wird nach einem bereits vorliegenden Finanzprogramm die stärkste Einschränkung der Ausgaben im öffentlichen Haushalt erfolgen. Bei der Wertbeständigkeit der Einnahmen wird eine größere Ergiebigkeit der Steuerquellen und damit eine fortschreitende Deckung der Ausgaben erzielt werden.

* * *

Berlin, 18. Septbr. Zu dem vom Reichsfinanzministerium soeben fertiggestellten Entwurf eines wertbeständigen Geldes gab Reichsfinanzminister Hilferding eine Erklärung, die sich in folgendem Gedankengang bewegte:

Bei der gegenwärtigen Entwickelung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse wird es nur möglich sein eine wertbeständige Währung zu schaffen, wenn das Defizit im Reichshaushalt beseitigt wird, oder in absehbarer Zeit beseitigt werden kann. Während im Frieden der Geldumlauf rund 5 Milliarden betrug, stellt der heutige Papiergeldumlauf, in Gold umgerechnet, etwa 100 bis 150 Goldmillionen dar. Da das Reich seine Schatzwechsel nicht mehr bei der Reichsbank diskontiert, kann sich die Menge des Papiergeldes nicht mehr vermehren und die Entwertung der Mark muß aufhören. Die Reichsbank wird, wie im Frieden, die Funktion einer reinen Goldnotenbank ausüben. Für die Uebergangsfrist, in drei bis vier Monaten, die notwendig ist für die Beschaffung der Betriebsmittel, soll eine Währungsbank gegründet werden, die bestimmte Einnahmen aus der Wirtschaft erhält und die dem Reiche die Noten zur Verfügung stellt, die das Reich zur Deckung seiner Ausgaben benötigt. Die Goldverpflichtung der Wirtschaft wird vielleicht nicht mehr als 5% betragen. Sie wird nach dem Wehrbeitragswert jedem privaten wirtschaftlichen Unternehmer auferlegt werden, wird also eine völlige gleichmäßige Belastung darstellen. Außerdem wird am Schluß dieses Jahres durch eine neue Vermögenssteuer-Veranlagung auch der Kreis jener Personen erfaßt werden, der erst neuerdings sein Vermögen erworben hat. Für die Uebergangszeit werden durch dieses beabsichtigte Währungs-System zwei Geldsorten existieren. Die Währungsbank wird nur soviel Noten ausgeben dürfen, als das Reich zur Deckung seiner Ausgaben bedarf. Die Papiermark wird möglicherweise durch Denomination von der neuen Währung aufgesaugt werden. Die Reichsbank wird neben den Noten fest verzinsliche Obligationen ausgeben, die eine Goldrente darstellen. Ob der Entwurf des Gesetzes oder Verordnung Gültigkeit erlangen wird, hängt von der heutigen endgültigen Besprechung mit den zuständigen Stellen und dem Reichskabinett ab.

Vor ernsten Entscheidungen

Köln, 18. Septbr. Der Reichsminister des Inneren, Sollmann, der zur Einweihung des Stadions in Köln weilte, äußerte sich ausführlich über die politische Lage. Die letzten Reden Poincarés dürften manche Illusionen zerstört haben, die in der vergangenen Woche allerdings nicht bei der Reichsregierung entstanden waren. Ich glaube aber nicht, daß die Reden die große Entscheidung im Westen hinauszögern werden. Es werden binnen kurzem ernste Entschlüsse zu treffen sein. Das Kabinett ist mit Stresemanns außenpolitischen Verhandlungen völlig einverstanden. Es hat sich bisher keinerlei Mißklang ergeben. Man wird auch im Volke, wo man die Augen nicht selbst verschließt, überall darüber klar sein, daß der Kampf an der Ruhr nur mit einem für Deutschland sehr harten Frieden beendet werden kann. Es ist zu lange mit dem Anfang von Verhandlungen gewartet worden. Die Reichsregierung wird nur in enger Verbindung und in voller Einmütigkeit mit dem besetzten Gebiet verhandeln können. Die Arbeitslosigkeit steigert sich wöchentlich. Sie ist nicht nur eine Folge der Wirtschaftskrise, die sich noch vermutlich steigern wird, sondern eine gewisse Steuer-Sabotage mancher Unternehmer, die nicht geleugnet werden kann. Die Reichsregierung bereitet eine Abänderung der Stillegungsverordnung vor, um Massenentlassungen vorzubeugen. Die produktive Erwerbslosenfürsorge wird beschleunigt angewandt werden. Große Sorge macht uns die Frage, wie die Ernte schleunigst aus den Markt gebracht werden kann. Unsere militärische und politische Macht ist stärker als jemals seit der Revolution.

Die unbesetzten Botschaften

!! Berlin, 18. September. Wie unser Berliner Mitarbeiter erfährt, hat die Reichs-Regierung bereits vor langer Zeit beschlossen, die Botschafterposten in Paris und Brüssel zu besetzen, sobald die Unterredungen zwischen Berlin und Paris soweit gediehen sind, daß sie als erste Verhandlungsbasis dienen könnten. Da bis heute diese Situation noch nicht eingetreten ist, werden die Posten vorläufig unbesetzt bleiben.

Die Jagd nach Devisen

-l- Berlin, 19. September. (Eig. Bericht.) Bei der gestrigen Devisenrazzia unter Leitung des Devisenkommissars wurden, wie unserem Berliner Vertreter von der Polizei gemeldet wurde, mehr als 300 Milliarden Mark Devisen beschlagnahmt. Es wurden 12 der elegantesten Westcafés durchsucht, unter Führung des Devisenkommissars. Heute vormittag findet die Razzia ihre Fortsetzung und zwar sollen die vornehmen Fremdenhotels einer Durchsuchung unterzogen werden.

Stresemann wird Poincarés Rede beantworten

Basel, 19. Sept. (Eigene Meldung.) Wie die „Baseler Nachrichten" berichten, hat Dr. Stresemann den ausländischen Pressevertretern Informationen über Deutschlands Stellungnahme zur Rede Poincarés gegeben. Er erklärte, die Rede Poincarés bedeute keine Förderung des Verständigungsgedankens. Er halte es aber für seine Pflicht gegenüber dem deutschen Volke, die Rede Poincarés zu beantworten.

Genf, 19. Sept. Ueber die Sonntagsrede Poincarés gibt Havas Montag mittag eine Note an die französische Presse aus, in der es heißt: Poincarés Rede gibt die einmütige Auffassung des französischen Kabinetts wieder. Auf die Stresemannschen Auslassungen der letzten Tage ging der Ministerpräsident deshalb nicht ein, weil er der deutschen Regierung schon mehrmals ein direktes Angebot an Frankreich nahegelegt hat. Will Deutschland zu einer Lösung der Ruhrkrisis kommen, dann soll es diesen Schritt bald tun. Poincarés Reden bedeuten keine Ablehnung eines solchen deutschen Schrittes; sie sprechen lediglich die Mindestbedingungen Frankreichs für Verhandlungen aus.

Berlin, 19. Sept. Montag nachmittag hat wieder ein Besuch des französischen Botschafters im Auswärtigen Amt stattgefunden. Der Botschafter konferierte mit dem Kanzler persönlich.

Baldwin in Paris

-:- Paris, 19. September. Der englische Premierminister Baldwin, der sich seit gestern Abend in Paris aufhält, wird, dem Matin zufolge, drei Zusammenkünfte mit Poincaré im Laufe des heutigen Tages haben. Die erste Zusammenkunft findet vormittags statt. Mittags begibt sich Baldwin in Begleitung der Lady Baldwin auf die englische Gesandschaft, wo er mit Poincaré tafeln wird. Der dritten Zusammenkunft, die nachmittags stattfindet, wird die größte Bedeutung beigelegt, zumal der belgische Premierminister Theunis sich mit Poincaré über diese Zusammenkunft verständigt haben soll. Wenn auch diese Zusammenkünfte keine bestimmten Ergebnisse haben sollen, so begrüßt man sie in Paris doch mit der Hoffnung, daß durch sie eine englisch-französische Grundlage im Hinblick auf die deutsch-französischen Verhandlungen geschaffen wird.

Die Reparationsfrage vor dem Völkerbund

-e- Genf, 18. September. Die Reparationsfrage, die nach der Beilegung des Korfu-italienischen Konflikts auf die Versammlung in Genf einen unsichtbaren Druck ausübte, kam heute in der zweiten Kommission der Völkerbunds-Versammlung zum ersten Mal öffentlich zur Sprache und zwar durch den Vertreter Süd-Afrikas. Bei Behandlung des Berichts der Finanzkommission empfahl er nämlich die Annahme einer Entschließung, worin die Versammlung aufgefordert wird, auch ihrerseits sich zu dem Reparations-Problem zu äußern und auszudrücken, daß es schwer auf die internationale Lage und auf die Arbeiten des Völkerbundes einwirke und daß eine rasche Lösung dieser Frage erwartet werde. Im Laufe der Beratung machte der japanische Vertreter die diplomatische Bemerkung, es sei Hoffnung vorhanden, daß für eine Lösung der Reparationsfrage bald die Basis gefunden werde. Ein Vertreter Hollands griff hoffnungsvoll die Andeutung auf, während der Delegierte Frankreichs, wie nicht anders zu erwarten war, die Entschließung ablehnte. Die Besprechung wurde auf morgen vertagt.

Verschärfung der Unruhen in Baden

Loerrach, 18. Sept. Die Streiklage im Ober-Badischen Industriebezirk, vor allem in Loerrach, hat sich in der Nacht und am Dienstag vormittag erheblich verstärkt, so daß die badische Regierung sich genötigt sah, über den Amtsbezirk Loerrach, Schönsheim, Schönau, Seckingen den Ausnahmezustand zu verhängen. In der Nacht wurde die Schutzpolizei von den Demonstranten fortgesetzt angegriffen. Die Demonstranten gingen mit Handgranaten vor und schossen aus Karabinern und Revolvern. Die Polizei nahm etwa 200 Verhaftungen vor. Weiter haben die Demonstranten verschiedene Persönlichkeiten als Geiseln weggeschleppt. Als am Dienstag vormittag die Angriffe auf die Polizei in verstärktem Maße zunahmen, säuberte die Polizei mit blanker Waffe die Straße, während die Demonstranten aus Fenstern auf sie schossen. Unter dem Druck der Straße haben die Fabrikanten in erneuten Verhandlungen zugesagt, die Wirtschaftsbeihilfe von 50 Schweizer Franken zu zahlen und zwar die Hälfte sofort und die andere Hälfte in Naturalien. Die Schweiz hat die Grenzwachen verstärkt, der Grenzverkehr ist gering.

Loerrach, 18. Sept. Der Eisenbahnverkehr ist nahezu vollständig stillgelegt. Von der Schweizer Grenze werden keine Güterzüge mehr auf badisches Gebiet angenommen, da ein Teil der Eisenbahnerschaft sich mit den Streikenden in Loerrach solidarisch erklärt hat. Auch der Postverkehr ist in Loerrach eingestellt. Nur der Telephon- und Telegraphen-Verkehr funktioniert noch. Die als Geiseln festgenommenen Personen sind im Laufe des Dienstag von den Demonstranten wieder freigegeben.

Generalstreik in Freiburg

Freiburg i. Br., 18. Sept. Heute Mittag wurde hier der Generalstreik erklärt. Die Demonstranten stellen dieselben Forderungen wie die in Loerrach. Die Ruhe ist bisher nirgends gestört worden. Schutzmannschaft und Gendarmerie wurden verstärkt.